

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-Mittstadt 16, Kolbenstraße 48
Telefon 82722 / Postfachkonto Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Druck und Verlag:
Saxonia-Verlagsanstalt G. m. b. H.
Dresden-Mittstadt 16, Kolbenstraße 48

Der echte Föderalismus

Von Dr. Heinrich Scherp.

Die bayerische Regierung hat eine Denkschrift zur Angelegenheit der Weimarer Verfassung im föderalistischen Sinne ausgearbeitet und dem Reichstag Ende der vergangenen Woche überreicht. Damit ist das alte Problem deutschen föderalistischen Schicksals: Unitarismus oder Föderalismus, Einheitsstaat oder Bundesstaat, nunmehr wieder in ein offizielles Stadium der Diskussion gerückt. Man kann darüber streiten, ob der Zeitpunkt für die Eröffnung dieser Diskussion glücklich gewählt ist. Aber auch wenn man der Ansicht ist, daß die Stunde zur Erörterung dieser Dinge unpassend sei, so kann man sie nicht einfach mit dem Hinweis darauf abtun. Auch nicht mit dem Hinweis, daß gerade die bayerische Regierung im Hinblick auf die jüngste Vergangenheit moralisch nicht legitimiert sei, größere Selbständigkeit für die deutschen Länder zu fordern. Sondern man wird einsehen müssen, daß hier eine für den Aufbau unseres staatlichen Lebens überaus wichtige Frage zur Entscheidung steht, und daß diese Frage früher oder später einmal gelöst werden muß.

Man braucht sich dabei nicht zu erschrecken. Denn beide, der Unitarismus und der Föderalismus lassen sich mit guten sachlichen Gründen verteidigen. Und am Ende besteht ein tiefer Gegensatz nur zwischen einem falschen Unitarismus und einem mißverstandenen Föderalismus, während ein organischer Unitarismus und ein auf das Ganze lebendig bezogener Föderalismus sich etwa auf einer mittleren Linie treffen. Es wäre also eigentlich nur die Frage zu untersuchen, ob der unitarische Charakter der Weimarer Verfassung überbunden ist, und ob hinter den von Bayern vorgebrachten Wünschen der Geist eines echten und gesunden Föderalismus steckt, oder ob nicht am Ende der angezogenen Denkschrift der Föderalismus schon in Partikularismus entartet ist.

Man pflegt als Beispiel für einen unitarischen Staat gewöhnlich das moderne Frankreich, als Beispiel für einen föderalistischen Grundgedanke errichteten Staat das Deutsche Reich Bismarcks, sowie es von 1871—1913 aus 26 Bundesstaaten bestand, anzuführen. Aber gerade mit diesen Beispielen werden die Begriffe verwechselt. Frankreich ist freilich ein unitarischer Staat, aber in seiner Verfassung ist das unitarische Prinzip so scharf überprägt, daß seine Schäden offen zutage liegen. Der „Wasserkopf“ der Hauptstadt saugt alle Kräfte von der Provinz ab, eine allmächtige Zentralbürokratie reglementiert alle öffentlichen Angelegenheiten bis in die kleinsten Gemeinden hinein. Die Kräfte der Provinz verkommen. Paris ist Frankreich. Der Geist der föderalistischen und zentralistischen Staat gebaut hat, kommt geradezu aus dem Gegenteil, die sich geistesgeschichtlich etwa mit dem Stichwort „Kaiserreich“ umschreiben lassen. Es gehört zu dem eigentlichen Geiste der Verfassung, daß sie die naturgemachten Bindungen der Menschen zerstört, natürliche Gemeinschaft in eine atomisierte Gesellschaft auflöst und zerlegt und schließlich die formlos gewordenen Massen, ganz als sei einer genau so wie der andere, nach einem rein mechanischen Schema von oben her durchorganisiert. So entsteht der Apparat der zentralen Bürokratie und des zentralen Parlamentarismus, die nie die ganze Wirklichkeit erfassen, nicht aus hohemstandigen und unwürdigen Leben von unten her herwachsen, sondern fix und fertig von oben her aufgebracht werden. In einem so aufgebauten Staat ist der Unitarismus verankert. Er sieht nur unitarisch aus, ist aber so wenig einheitlich wie eine Masse verschiedener veranlagter und gesinnter Menschen, die alle in die gleiche Uniform gezwängt werden.

Andererseits war aber auch der Föderalismus des Bismarcks nicht echt. Es war freilich der Form nach ein Bündnis, eine Föderation von 26 Staaten, aber den Machtverhältnissen und dem Geiste nach war es ein den übrigen Staaten aufgezwungenes Feudalverhältnis. Aber auch wenn die Machtverteilung anders und gleichmäßiger gewesen wäre, auch damit wäre der echte Föderalismus noch nicht gegeben. Denn echter Föderalismus entsteht nicht dadurch, daß mehrere Staaten sich verbinden, sondern dadurch, daß lebendige Mächte zu organischer Einheit zusammenwachsen. Echter Föderalismus muß ganz von unten anfangen. Die Menschen, die landwirtschaftlich, handwerklich, beruflich und wirtschaftlich vor dieselben Probleme gemeinschaftlicher Arbeit gestellt werden, verwalteten zunächst im kleinsten Kreise ihre Angelegenheiten selbst; wenn sich Aufgaben herausstellten, die über diesen engeren Kreis hinausreichten, dann traten die Gemeinschaft neue und immer höhere, immer weitergreifende Organe aus sich hervor, dann wuchs ein wirklicher Staatskörper von unten herauf durch eine immer weiter ausgebauten Selbstverwaltung der einzelnen Glieder organisch zusammen. Was sich im kleinsten Kreise, in einem Dorfe, einer Stadt, einer Landschaft, einem Wirtschaftsgebiet regeln läßt, das wird dort geregelt, was größere Kreise angeht, das wird von diesen erledigt und was alle Kreise zusammen angeht, das wird zentral geregelt. Das ist der echte Föderalismus, das ist der Weg, der zu föderativer und organischer Wiedervereinigung eines Volkes und auf derselben Linie weiter auch zu einer Gliederung und Ordnung der Völker führt.

Dieser echte Föderalismus hat es im Reiche Bismarcks nicht gegeben. Denn die einzelnen Bundesstaaten waren nicht natürlich gewachsene Glieder, sondern jeder für sich nach bismarckischen Gesichtspunkten streng zentralistisch organisiert. Nicht ein Bündnis von Staaten machte den Föderalismus. Aus hundert unitarischen Staaten wird kein wirklich föderalistischer, und das heißt immer organisch gewachsener Gesamtstaat, und umgekehrt: Alle Einzelstaaten können verschwinden und es kann doch ein ganz nach föderalistischen Gesichtspunkten aufgebauter „Einheitsstaat“ entstehen.

Wenn man sich diese Dinge einmal klar gemacht hat, wird man leicht erkennen, daß die bayerische Denkschrift auf einem falschen Wege ist, gerade dann falsch, wenn sie wirklich eine Angelegenheit der Weimarer Verfassung in echt föderalistischem Sinne ist. Es ist kein Zweifel darüber, daß die Weimarer Verfassung den echten Föderalismus nur in schwachen Ansätzen kennt, und es ist unsere wichtigste innerpolitische Aufgabe, diese Ansätze zu entwickeln und weiterzubilden. Das fällt zusammen mit der Aufgabe,

Der Kampf gegen den Separatismus

Lord Grey fordert neue Wege der englischen Außenpolitik — Geheimhaltung der Verhandlungen der Sachverständigenausschüsse — Auch ein englisch-schweizerisches Abkommen?

Die Entrüstung Lord Greys und Curzons

London, 16. Januar. In seiner Rede im Oberhaus verlangte Lord Grey, daß die Alliierten im Rheinlande jede Separatistenbewegung energisch bekämpfen sollten, die nicht auf gesetzmäßigem Wege verläufe, eine Völkervereinigung zu verwirklichen. In seiner Eingangsrede sagte Lord Curzon über die Separatistenbewegung, sie sei keine Volksbewegung, sondern von wenigen unerkennlichen Elementen der Bevölkerung inspiriert. Lord Curzon erklärte sich mit jedem Wort, das Lord Grey über diese Bewegung gesagt hat, einverstanden. England habe gegen die Anerkennung der Veränderungen dieser Regierung protestiert, weil die Rheinlandskommission überhaupt nicht das Recht habe, zur innerpolitischen Gestaltung Deutschlands Stellung zu nehmen, sondern nur dazu, um über die Sicherheit der Besatzungsbezirke zu wachen. Frankreichs Widerstand gegen eine englische Garantie in der Pfalz durch den zuständigen englischen Konsul sei unangebracht.

Der Protest der Pfälzer

Mannheim, 16. Januar. Der englische Generalkonsul und Vizekonsul Glive hat dem Wunsch der pfälzischen Bevölkerung entsprechend gestern im Rathaus in Mannheim, wo er abgetreten war, hiesige Vertreter der Bevölkerung zu einer Aussprache eingeladen. Einen besonders tiefen Eindruck machte die Erklärung eines Arbeitervertreters, daß die Völkervereinigung der separatistischen Herrschaft auf das Unmögliche widerstreben und die unläutersten Elemente, die die Gewalt an sich gerissen haben, niemals als eine rechtmäßige Regierung anerkannt werden. Es war ein Augenblick von historischer Bedeutung, als die deutschen Vertreter der Bevölkerung, der Pfälzer von Speyer und der Pfälzer der protestantischen Kirche durch Erheben von den Sitzen ihre Zustimmung zu jener Erklärung gaben: Die hiesigen Vertreter sämtlicher Volksschichten, aller politischen, wirtschaftlichen und Berufsstände der Pfalz erklären dem englischen Generalkonsul Glive als den Befehlenden der Regierung Großbritannien, daß die pfälzische Bevölkerung auch unter den härtesten Bedingungen der Gewalttätigkeit fremder, geistig minderwertiger Elemente als einer Landesregierung, nichtig und unannehmlich anerkennen wird. Nur durch die Unterstützung der Separatisten durch die französischen Behörden würde diese Gewalttätigkeit gegen ein wahr- und wacklerloses Volk möglich. Im Namen der Pfälzer erklären wir, daß die pfälzische Bevölkerung sich nicht als ein wirtschaftlich habiles Element von 800.000 treu- und pflichtbewußten Pfälzern bilden wird, die die pfälzische Regierung bei jeder Gelegenheit dahin wirken zu lassen, daß in unserer Pfalz wieder der Rechtsboden der bismarckischen und Weimarer Verfassung, des Reichsvertrages und des Rheinlandbündnisses geschaffen wird und die pfälzische Bevölkerung von der separatistischen Tyrannie befreit wird.

Die englische Thronrede

London, 16. Januar. Der König begab sich gestern in dem üblichen zeremoniellen Aufzug nach Westminster, um dort den alljährlichen Thronrede vor dem Parlament mit einer Thronrede zu eröffnen. Das Unterhaus war bei der Eröffnung in Erwartung der Thronrede über die Thronrede nicht besetzt. Die Regierung war voll vertreten. Auf der Oppositionsbank saßen einig gebürtig alle Führer der Oppositionsparteien, u. a. Asquith, Ramsay MacDonald und Lloyd George nebeneinander. Unter den auf der Tribüne anwesenden Diplomaten wurde besonders der neuernannte australische Vizekonsul Kellogg bemerkt. Der König sagte in seiner Rede:

Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten werden auch weiterhin freundschaftlich und gut sein. Ich freue mich, mitteilen zu können, daß in der Lösung der Fragen, die bisher den Weg gegenseitigen Verständnisses behinderten und die Wiederherstellung der Welt verzögert haben, ein endgültiger Fortschritt erzielt worden ist.

Der König wandte sich darauf den innerpolitischen Fragen zu und bemerkte einleitend über das Ergebnis der um den Schulzollgedanken angeführten letzten Wahlen: Während ich mich freuen kann, daß die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genehmigte in der Ausführung begriffene Maßnahmen das wertvolle Ergebnis gehabt haben, im Laufe des letzten Jahres die Arbeitslosen zu vermindern, so ist dennoch diese Zahl der Arbeitslosen für mich der Gegenstand sorgenvoller Betrachtungen. Meine Minister unterbreiteten vor kurzem dem Lande Vorschläge, die geeignet sind, die Lösung dieses Problems wieder zu beschleunigen, wodurch der Industrie in weitestgehendem Maße größere Sicherheit auf dem einheimischen Markt und für die Wirtschaft der Industrie ihrer Erzeugnisse in die überseeischen Dominions und in das Ausland geboten werden sollten. Aber diese Vorschläge sind vom Lande nicht angenommen worden. Unter diesen Umständen wird um Ihre Zustimmung zur Ausdehnung und Verwirklichung der nach den Vorschlägen der

Wirtschaftskommission vorgeschlagenen Handelsvereinbarungen gehen, um gewisse öffentliche Unternehmungen innerhalb des Imperiums zu unterstützen.

Nach Verlesung der Thronrede ergriß MacDonald das Wort zu folgenden Ausführungen: Die Lage in Europa gleiche derjenigen vom Jahre 1913 mit rivalisierenden Nationen und einer rivalisierenden nationalen Politik und ungleichen Aufgaben für diplomatische Verhandlungen. Die Nationen, die alliiert seien, betrachteten einander mit verdoppelter Feindseligkeit. Der Einfluß Großbritanniens müsse wieder hergestellt werden durch geschickte Handhabung einer Politik der Voraussicht bei Beobachtung der Empfindlichkeiten anderer Völker, verbunden mit einer freundschaftlichen, aber festen Betonung der Interessen Großbritanniens. Ein europäischer Ausblick sei erforderlich, und wenn dieser gefehlt sei, werde es nicht an Europa. Großbritannien hätte heute keine entscheidende, bestimmte oder nickende Politik auf dem Kontinent, und es sei Zeit, diesen Wandel zu schaffen. Die Regierung hätte das Vertrauen des Hauses und des Landes verloren. (Lauter Beifall bei der Arbeiterpartei.) MacDonald schloß seine Rede mit folgenden Worten, die auch die Not in Mitteleuropa herbeigeführt werden sei, und erklärte, hier müßte Einhalt getan werden. England sollte klar und deutlich erklären, daß es hier Einhalt tun wolle, und sollte bereit sein, seinen Anteil zu übernehmen, eine Politik zu beginnen und eine Maßnahme zu schaffen, die diese Lage bessern würde.

Nach MacDonald sprach Lloyd George. Er drückte die Hoffnung aus, daß jede kommende Regierung, welcher Art sie auch sein möge, die Autorität und den Einfluß zu wahren wolle, auf den England um seiner Macht und seiner Ehre willen Anspruch habe.

Die Ansprache im englischen Oberhaus

London, 16. Januar. Im Oberhaus ergriß in der Debatte über die Thronrede als Vertreter der liberalen Partei Lord Grey das Wort: Obwohl die Reparationskommission nunmehr zwei Sachverständigenausschüsse zur Untersuchung der finanziellen Lage Deutschlands eingesetzt habe, sehe er durchaus nicht optimistisch in bezug auf die Lage in Europa. Europa wende sich immer auf den alten Wegen, die es schon vor dem Weltkrieg beschritten habe und wenn es auf diesem Wege fortfahren werde, gerade es in immer bellagenderen Zustände. Die europäischen Nationen müßten einen neuen Weg einschlagen, wenn sie zu engerer Zusammenarbeit gelangen wollten und der einzige, den er dafür sehe, sei der, daß jede Nation das Bismarckbündnis unterzeichne, das heißt, daß ihre bewaffnete Macht nur noch unter der Leitung des Völkerbundes eingesetzt werden kann. Mit Bezug auf die außenpolitischen Angelegenheiten sprach sich Lord Grey dabei aus, daß es angesichts des B-Vorteils durchaus wünschenswert wäre, wenn die künftigen Außenminister die Führer der beiden anderen Parteien regelmäßig bei sich empfangen und die Grundlinien seiner Außenpolitik mit ihnen erörtern, so daß er jeden konnte, daß er hierin die allgemeine Unterstützung des Landes hinter sich habe. Eine ständige Zusammenarbeit zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei sehe er an und für sich nicht bevor. Grey fügte hinzu, daß er der kommenden Regierung zuneige sei. Vorwegnehmend erwiderte, daß er die Außenpolitik seien die Ziele der Liberalen dieselben, wie die der Arbeiterpartei.

Lord Curzon erwiderte: Es sei wahr, daß schwere Wunden über der internationalen Situation lägen. Die Regierung sei der Ansicht, daß der einzige Schlüssel zur Lösung in der Aufrechterhaltung der Entente liege und in den letzten Jahren habe die englische Regierung wichtige Vermittlungen in dieser Richtung unternommen. Es sei für volle Öffentlichkeit der Regierungspolitik, denn sie öffentlicher sei der sich zue, desto besser werde im Lande erkannt werden, wie angebracht sie gewesen sei, und wie wenig sie den Sonstigen der Unentschiedenheit und der Ohnmacht bediene, der so wirksam gegen sie erhoben werde.

Gegen den Frankenkurs

Paris, 16. Januar. Nach dem gestrigen Ministerrat wurde zur Wiederherstellung der französischen Finanzlage beschlossen, die allgemeinen Steuern um 10 Prozent zu erhöhen. Die französische Regierung beabsichtigt ferner, eine Reihe von Gesetzesvorlagen einzubringen, die sich hauptsächlich auf die Bekämpfung der Steuerpflicht und die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben beziehen. Außerdem sollen sämtliche mit Ausgaben verbundenen neuen Projekte vorläufig fallen gelassen werden. Neben der Aufhebung von zwei Zuschlagssätzen auf die Einkommensteuer sei heute in der Kammer verhandelt worden. Die Regierung beabsichtigt sich darauf, auf rasche Abkündigung zu drängen und wird bei dieser Gelegenheit die Vertrauensfrage stellen. Schließlich haben die Minister noch andere Maßnahmen, über die nicht bestimmt verhandelt, zur Verhütung des Frankenkurses ergriffen.

die formale Demokratie durch eine organische Demokratie zu überwinden.

Die bayerische Denkschrift wird nicht zu solchem Ziele führen. Es sei nicht verkannt, daß sie manchen gesunden Gedanken enthält, aber grundsätzlich ist sie auf dem falschen Wege, nicht weil sie zu viel, sondern weil sie zu wenig Föderalismus bietet, weil sie keinen echten, sondern einen partikularistischen Föderalismus will. Denn was diese Denkschrift im wesentlichen verlangt, das ist nicht eine organische Weiterbildung

und Neuordnung der Dinge, sondern eine mechanische Rückbildung auf das Alt. Es wirkt geradezu wie tragische Komik, daß ausgerechnet von Bayern, das eine so gute und gesunde echt föderalistische Tradition hat, daß ausgerechnet von diesem Bayern die Rückkehr zum Reiche Bismarcks gefordert wird. Gerade weil wir uns mit der guten echten, gesunden föderalistischen Tradition Süddeutschlands innerlich verbunden fühlen, gerade deshalb müssen wir vor einem Wege warnen, der das Beste zu verfallen und das Gute zu verderben droht.

Dr. Beneš in London

Auch ein enallschisch-tschechisches Abkommen?

London, 16. Januar. Der tschechische Außenminister Dr. Beneš und Graf Bethlen, der ungarische Ministerpräsident, sind gestern Abend in London eingetroffen. Der Besuch dieser beiden Staatsmänner bezieht sich vornehmlich auf die ungarische Anleihe. Dr. Beneš wird am heutigen Mittwoch von Lord Curzon und dem zehnjährigen Unterhaus-Sekretär im Foreign Office empfangen werden. Dr. Beneš lehnte es ab, den Pressedirektoren irgendwelche Erklärungen zu geben. Es ist jedoch nicht zweifelhaft, daß er während seines Londoner Aufenthaltes die gegenwärtige Situation der kleinen Entente den tschechischen Politikern darlegen und auch die genaue Orientierung der tschechischen Außenpolitik mitteilen wird. Nach dem diplomatischen Mitarbeiter des „Talia Herald“ kommt es Dr. Beneš insbesondere darauf an, Namen MacDonald davon zu überzeugen, daß der tschechisch-französische Vertrag keine Spitze gegen England enthalte und nicht als ein Fakt aufgefaßt werden könne. Der diplomatische Mitarbeiter des genannten Blattes glaubt ferner zu wissen, daß Dr. Beneš den Abschluß eines eng-sch-tschechischen Abkommens vorschlagen werde. Man vernimmt, daß der tschechische Außenminister nach Besichtigung des Londoner Kabinetts in Paris zur Unterzeichnung des tschechisch-französischen Abkommens einreisen wird. Diese Unterzeichnung dürfte Mitte nächster Woche erfolgen. Das Abkommen selbst soll unmittelbar der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Die Sachverständigen laden Dr. Schacht ein

Paris, 16. Januar. Das Sachverständigenkomitee unter dem Vorsitz des Generalen Dawes hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den tschechischen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen, um von ihm einige Ansichten über gewisse Währungsfragen zu erhalten.

Paris, 16. Januar. Der erste Sachverständigenausschuß hat gestern Vormittag in seiner Sitzung beschlossen, die Protokolle seiner Verhandlungen geheim zu halten. Sämtliche Ausschussmitglieder sind darauf verpflichtet, der Presse keine Interviews und Mitteilungen zu geben. Mitteilungen an die Presse werden durch den Generalsekretär erfolgen, der sie vorher dem Ausschuß unterbreiten wird.

Attentatsplan auf General von Seckl

Berlin, 16. Januar. Ein früherer Offizier, der im Verdacht steht auf General von Seckl ein Attentat geplant zu haben, ist verhaftet worden. Am Interesse der Untersuchung können vorläufig noch keine weiteren Angaben gemacht werden. Die bisherige Vernehmung durch den Untersuchungsrichter hat noch kein klares Bild ergeben. Wie berichtet, stehen in dieser Angelegenheit noch weitere Verhaftungen bevor.

Berlin, 16. Januar. (Drahtbericht.) Auf die Veranlassung des Reichskommandanten ist in einem hiesigen Cafe der Kaufmann Thormann verhaftet worden, gehört, wie die Berliner Zeitung meldet, nicht der Ruffach-Organisation an, sondern ist Mitglied des Widnig-Bundes.

Italien und Südslawien

Belgrad, 15. Januar. Zwischen Italien und Südslawien ist nunmehr eine völlige Einigkeit in der Adriafrage erzielt worden. Die „Agenzia Stefania“ teilt darüber mit: Rom bleibt unter italienischer Oberhoheit, Südslawien erhält Karlova, das Delta, Vauino, die kroatischen Dörfer von Rijme, Grenzbestimmungen mit Serbien und die Insel Lagusa. Die Frage darüber ist sehr zufrieden. „Breme“ schreibt, die tschechischen Handelsinteressen seien durch den Hafen von Rijme und das Delta gefährdet. Kriegswerte besitze Rijme nicht. Durch die Hebrerung der kroatischen Dörfer seien auch die tschechischen Interessen gefährdet. Noch wichtiger als das Adriaforschung sei jedoch das bevorstehende politische und militärische Bündnis zwischen Südslawien und Italien, an dem in Belgard der italienische General Prodera sehr warm arbeite. „Pravda“ sagt, das Bündnis, das in einigen Tagen unterzeichnet werde, sichere die italienische Waffenhilfe bei jedem Angriff auf Südslawien. „Breme“ meint, das Bündnis beziehe den europäischen Frieden und sichere die heutige Karte Europas. Die bulgarischen und ungarischen Revanchegedanken würden dadurch von der Tagesordnung verschwinden. Interessant ist der Ausdruck des amerikanischen Gesandten in Belgrad, daß das Bündnis das größte Ereignis nach dem Friedensschluß sei und den Anfang einer neuen politischen Ära in Europa bedeute. Die hier weilenden Italiener unterstützen den Erfolg dieses Bündnis und sprechen von einer geschwundenen Position Frankreichs. Das Auftreten Italiens auf dem Balkan werde den Einfluß der französischen Politik ausgleichen.

Berliner Vorbereife

An der Neuhofener Börse wird ein fester Kurs für die Markt genannt. Auch in London hielt sich der Kurs von 19 Millionen für ein Pfund Sterling. Der Weltmarkt, der am gestrigen Vormittag ziemlich schwach war, hatte am Nachmittag eine Besserung aufzuweisen. Auch in den heutigen Frühstunden wird eine feste Tendenz gemeldet. Man führt dies auf Defizitkürfe der Exportanten zurück. Auch das Ausland scheint mit kleinen Aufträgen wieder an den Markt zu kommen. Besonders Interesse herrscht für Petroleumwerte, während die feuerverwendlichen Werte gegen gestern ziemlich schwach liegen.

Berliner Devisenkurse vom 16. Januar (Amlich)

mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank A.G., Dresden

Notenbanken in Millionen der Einheits der Währung		
	16. 1.	15. 1.
	Reich	Reich
Bank für Sozialwesen	15	15
Reichsbank	17858	17858
Deutsche Bank	58850	58850
Bank für Sozialwesen	73155	73155
Bank für Sozialwesen	111715	111715
Bank für Sozialwesen	107200	107200
Bank für Sozialwesen	1795700	1795700
Bank für Sozialwesen	4188500	4188500
Bank für Sozialwesen	189315	189315
Bank für Sozialwesen	79354	79354
Bank für Sozialwesen	54135	54135
Bank für Sozialwesen	3125	3125
Bank für Sozialwesen	12940	12940
Bank für Sozialwesen	174012	174012

Berliner Börse

Notenbanken in Millionen

Berliner Anleihekurse		
	16. 1.	15. 1.
100	100	100
4 1/2%	4 1/2%	4 1/2%
5%	5%	5%
6%	6%	6%
7%	7%	7%
8%	8%	8%
9%	9%	9%
10%	10%	10%
11%	11%	11%
12%	12%	12%
13%	13%	13%
14%	14%	14%
15%	15%	15%
16%	16%	16%
17%	17%	17%
18%	18%	18%
19%	19%	19%
20%	20%	20%
21%	21%	21%
22%	22%	22%
23%	23%	23%
24%	24%	24%
25%	25%	25%
26%	26%	26%
27%	27%	27%
28%	28%	28%
29%	29%	29%
30%	30%	30%
31%	31%	31%
32%	32%	32%
33%	33%	33%
34%	34%	34%
35%	35%	35%
36%	36%	36%
37%	37%	37%
38%	38%	38%
39%	39%	39%
40%	40%	40%
41%	41%	41%
42%	42%	42%
43%	43%	43%
44%	44%	44%
45%	45%	45%
46%	46%	46%
47%	47%	47%
48%	48%	48%
49%	49%	49%
50%	50%	50%
51%	51%	51%
52%	52%	52%
53%	53%	53%
54%	54%	54%
55%	55%	55%
56%	56%	56%
57%	57%	57%
58%	58%	58%
59%	59%	59%
60%	60%	60%
61%	61%	61%
62%	62%	62%
63%	63%	63%
64%	64%	64%
65%	65%	65%
66%	66%	66%
67%	67%	67%
68%	68%	68%
69%	69%	69%
70%	70%	70%
71%	71%	71%
72%	72%	72%
73%	73%	73%
74%	74%	74%
75%	75%	75%
76%	76%	76%
77%	77%	77%
78%	78%	78%
79%	79%	79%
80%	80%	80%
81%	81%	81%
82%	82%	82%
83%	83%	83%
84%	84%	84%
85%	85%	85%
86%	86%	86%
87%	87%	87%
88%	88%	88%
89%	89%	89%
90%	90%	90%
91%	91%	91%
92%	92%	92%
93%	93%	93%
94%	94%	94%
95%	95%	95%
96%	96%	96%
97%	97%	97%
98%	98%	98%
99%	99%	99%
100%	100%	100%

Mitgeteilt vom internationalen Bankverein, Filiale Dresden.

Das sächsische Koalitionsprogramm

Dresden, 15. Januar.

Präsident Winkler eröffnet in Anwesenheit sämtlicher Mitglieder der neuen Regierung die Sitzung nach 12 Uhr und teilt u. a. mit, daß Justizminister Wägnert sein Amt als Vizepräsident des Landtages mit Rücksicht auf sein neues Amt niedergelegt hat. Abdam nimmt Ministerpräsident Seibt das Wort zur Vereidung folgender

Regierungserklärung

von den Kommunisten mit fortgesetzten Protestrufen unterbrochen:

„Nachdem ich am 4. Januar d. J. durch das Vertrauen des Landtages zum Ministerpräsidenten berufen worden bin, habe ich folgende Herren zu Ministern ernannt:

- zu meinem Stellvertreter Herrn Landtagsabgeordneten Max Müller,
- zum Minister für Volksbildung Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Kaiser,
- zum Justizminister Herrn Landtagsabgeordneten Wägnert,
- zum Finanzminister Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Reinhold.

Herr Arbeitsminister Eisner ist auf seinem Posten verblieben. Was zu der noch ausstehenden Ernennung eines Wirtschaftsministers führe ich die Geschäfte des Wirtschaftsministeriums. Sämtliche Minister haben der Reichs- und Landesverfassung Treue gelobt.

Das erste Kabinett der Mitte, das zurzeit in Sachsen gebildet worden ist, ist in Anerkennung der tatsächlichen Verhältnisse von den verschiedenen Seiten lebhaften Angriffen ausgesetzt gewesen. Wie ist die Verhältnisse?

Während durch die bekannten Vorgänge die sozialistische Arbeiterregierung meines Herrn Kandidaten nicht mehr haltbar war, ist es zur Bildung der sogenannten

Großen Koalition

gekommen.

Die aus der Zwangslage der Entwicklung gebildete Regierung wird das übrige dazu beitragen, daß die so bearbeitete Arbeitergemeinschaft länger zusammenhalten wird als die Regierungen der letzten Zeit.

Allerdings wird der Versuch gemacht, den Bestand der Regierung dadurch in Frage zu stellen, daß die Auflösung des Landtages und Neuwahlen im Wege des Volksgehrens betrieben werden. Die Regierung wird hierbei pflichtgemäß nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren. Landtag und Regierung werden sich aber während des Verfahrens darüber schlichten zu machen haben, ob und in welchem Umfange noch vor den Neuwahlen die von mehreren Seiten angelegte Verringerung der Abgeordnetenanzahl durch verfassungsänderndes Gesetz durchgeführt und außerdem die Veränderungen des Wahlrechts übernommen werden sollen, die für die Reichstagswahlen teils einseitig, teils geplant sind. Dabei verdient auch der Gedanke, durch Verkürzung der Wahlkreise ein engeres Verhältnis der Abgeordneten zu seinen Wählern anzustreben, sorgfältige Prüfung.

In dem gegenwärtigen Kabinett sind zum ersten Male die Vertreter aller Parteien zusammengefaßt, die auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen. Darin liegt eine sichere Gewähr dafür, daß die verfassungsmäßigen Einrichtungen des Reichstages und der Landesparlamente sichergestellt werden. Ingleich darf geschloffen werden, daß es durch die gemeinschaftliche Arbeit aller der wirtschaftlichen Kreise, die in Mitgliedern des Kabinetts ihre Vertreter sehen, gelingen wird, die wirtschaftliche Not unseres Volkes und vor allem der Vermissten unter ihnen in sozialer Weise so weit zu lindern, als es angesichts der gegenwärtigen Lage menschlichen Kräften überhaupt möglich ist. Bei der finanziellen Mithingigkeit der Länder vom Reich kann die Not vielfach nur mit Hilfe des Reiches gelindert werden. Die sächsische Regierung muß Wert darauf legen, daß die komplizierten Wirtschaftsverhältnisse und die besonders große Erwerbslosigkeit in Sachsen von der Reichsregierung in besonderer Weise gewürdigt werden. Sie glaubt diese Ziele besser durch mündliche Verhandlungen erreichen zu können, als durch Rederrieg, zumal wenn der Landtag sie hierbei tatkräftig unterstützt.

Daß die Förderung der Sozialfürsorge im Rahmen der Reichsorganisation unter Verbleiben sein wird, sei besonders unterstrichen. Den Opfern der Wirtschaftskrise werden wir versuchen, durch tatkräftige Hilfe, insbesondere durch Beschaffung von Krediten, und von Arbeitsmöglichkeiten, Bekleidung des Baumaterials usw., Erleichterung zu bringen. Mit Erfolg kann das freilich nur durchgeführt werden, wenn besonders die leistungsfähigen Bevölkerungsschichten in sozialem Geiste und Gesinnung mitwirken. Diesen zu pflegen, wird Aufgabe der Regierung sein.

Den fortgeschrittenen Ausbau der Landeigentumsverwaltung unter bestmöglicher Berücksichtigung aller schaffenden Schichten wird die Regierung vorwärts zu bringen suchen, und dabei alle Kräfte für die Verwirklichung der Wirtschaft und für Herstellung geordneter Finanzen in Staat und Gemeinde mobilisieren.

In kultureller Beziehung soll kein Rückschritt eintreten, sondern der Weiterentwicklung soll der Weg gebahnt werden, soweit es die Finanzen nur irgend gestatten. Ich habe bereits im September des vorigen Jahres darauf hingewiesen, daß es eine dringende Aufgabe sei,

den Haushalt auf Gold umzustellen,

und entsprechende Anordnungen getroffen. Durch die rechte Verteilung der Lasten auf alle Volksschichten, die zur Aufrechterhaltung der Staatsverwaltung unbedingt notwendigen Mittel zu schaffen, wird das Fortschreiten der Regierung sein, dabei versteht sie sich nicht, daß bei der außerordentlich kritischen Lage der Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden diese Auf-

gabe auch bei äußerster Sparsamkeit nur schwer zu lösen sein wird. Besonders wenn man berücksichtigt, daß in der Gegenwart unsere Wirtschaft noch sehr darniederliegt und infolgedessen der sächsische Staat mit außerordentlich hohen Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge belastet ist.

Die Befundung der Staatsfinanzen wird in erster Linie davon abhängen, ob es gelingt, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und damit eine gesunde Grundlage für die Ausgleichung des Staatshaushaltes zu schaffen.

Als eine vornehmliche Aufgabe sieht es die Regierung an, den finanziellen Besitz zu erhalten und weiter auszubauen. Die wirtschaftliche Not und die schlechte Finanzlage schaffen leider nicht die Voraussetzungen neuer Staatsaufgaben, die mit neuen Kosten verbunden sind, so mühsamwert sie auch sein mögen. Sie erfordern vielmehr gebietend eine Einschränkung aller Staatsaufgaben sowie des Verwaltungsapparates. Die sächsische Regierung glaubt, daß es mit dem ihr von der Reichsregierung aufgegebenen Personalabbau allein nicht getan sein wird, sondern vielmehr damit Hand in Hand ein Abbau des Verwaltungsorganismus gehen muß. Die Staats- und Gemeindeverwaltung soll durch Heranziehung dafür geeigneter Kräfte gefördert werden. Durch Vereinfachung und Umgestaltung der Verwaltung soll diese in den Stand gesetzt werden, trotz des Personalabbaues ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu erhöhen. Die Regierung wird in dieser Richtung, soweit nicht etwa hierfür die Minderung einzelner Zwecke erforderlich sein wird, in dem Haushaltsplan 1924 einschneidende Minderungen vorschlagen.

Erst wenn auf diese Weise der ganze Verwaltungsapparat den so sehr veränderten Verhältnissen angepaßt sein wird, kann an neue Staatsaufgaben herangetreten werden.

Der Regierung erscheint es nützlich und ehrlidher, dieser harten Aufgabe ins Gesicht zu sehen, als Versprechungen zu machen, deren Einlösung die Finanzlage verbietet. Leider kann nicht behauptet werden, daß die Beziehungen zwischen der Reichsregierung und der sächsischen Regierung im verflissenen Jahre durchweg erfreuliche gewesen sind. Auch die Verhältnisse der einzelnen Landesregierungen zueinander sind vielfach durch allzu scharfe Betonung der parteipolitischen Gegensätze getrübt worden. Die bayerische Regierung ist so weit gegangen, daß sie zur sächsischen Regierung die sächsischen Verordnungen abgebrochen hat. Ich kann nicht glauben, daß diese Entwicklung dem deutschen Ansehen und der deutschen Einheit förderlich ist, erblide vielmehr darin eine der schwersten Gefahren für die Verfassung von Weimar. Die bayerische Regierung hat eine Revision dieser Verfassung angeregt. Die sächsische Regierung hält zwar eine grundsätzliche Neuregelung des gegenwärtigen Finanzsystems ebenfalls für geboten, glaubt aber, daß dieses Ziel im wesentlichen auf dem Boden der gegenwärtigen Verfassung erreicht werden kann und wird sich jedenfalls nicht durch die Förderung partikularistischer Tendenzen von dem gerade Wege abbringen lassen, der auf eine allmähliche Erziehung des deutschen Einheitsstaates abzielt.

Eine weitere Schwierigkeit, die die Regierung bei ihrem Amtsantritt vorfindet, ist die, daß sie durch den Ausnahmezustand in ihrer Handlungsweise eingeschränkt ist. Als Männer, die sich ihrer Verantwortlichkeit dem Landtage und dem ganzen Volke gegenüber bewußt sind, müssen die sächsischen Minister danach trachten, ihre volle Handlungsfreiheit soweit als möglich wieder zu erlangen. Mit dem Wehrkreiskommando hat die Regierung Beziehungen aufgenommen und hofft, solange der Ausnahmezustand noch bestehen wird, im Wege der Wehrkreisverwaltung mit dem Wehrkreiskommando die Härten des Ausnahmezustandes auf ein Mindestmaß herabzurufen und damit zugleich seine Aufhebung beschleunigen zu können.

Die gegenwärtige Regierung legt besonderen Wert darauf, alle Kräfte, die auf dem Boden der republikanischen Staatsverfassung stehen, zusammenzufassen und den Gedanken einer Volksgemeinschaft zum Schutze der Republik und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung als Bedingung für eine gedeihliche Entwicklung unseres Wirtschaftslebens zu verwickeln. Sie hofft bei der Erfüllung ihrer schweren Aufgaben die Unterstützung des Landes zu finden.

Die Rede wurde von den Deutschnationalen Schweigend, von den Konstitutionsparteiern mit lebhafter Zustimmung aufgenommen, von den Kommunisten mit erregten Ausfällen unterbrochen. Nach der Verlesung trat eine Vertagung um 2 Stunden ein. — Die 15 radikalen Sozialisten, die Gegner der großen Koalition sind, hatten den Saal verlassen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen um 4 Uhr wird der bisherige 2. Vizepräsident Dr. Schardt (Dn.) zum 1. Vizepräsidenten gewählt, zum 2. Vizepräsidenten Dr. Hübschmann (D. Vp.). Bei Beratung des Gesetzesentwurfes über die Umstellung der Grundsteuer auf Goldmark, ergreift Finanzminister Dr. Reinhold das Wort zu längeren Ausführungen über die Finanzlage des Staates, die im wesentlichen mit den Ausführungen übereinstimmen, die Dr. Reinhold kürzlich vor den Dresdner Reichsvertretern sprach. Mit der Beratung der Grundsteueranlage wird die 2. Beratung über die weitere Erhebung der Gewerbesteuer und die Einführung der Arbeitslosenversicherung verbunden. Nach längerer Debatte werden die beiden Gesetzesentwürfe (die Gewerbesteuer in bedeutend verringertem Umfang) gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Ausdrucks über die Regierungserklärung, Mißtrauensantrag der Kommunisten.

Abg. Müller=Leipzig sächsischer Wirtschaftsminister

Dresden, 16. Januar. Wie der T.-L.-Nachdienst berichtet, ist der Landtagsabg. Müller=Leipzig (Soz.) am Dienstag Abend zum Wirtschaftsminister ernannt worden.

Von Hösch auf dem Wege nach Berlin

Paris, 16. Januar. Der deutsche Reichsminister Herr von Hösch ist, nachdem sich sein Gesundheitszustand gebessert hat, gestern Abend um 7.40 Uhr endgültig nach Berlin abgereist.

Die dritte Steuernotverordnung

Berlin, 16. Januar. Das Reichsfinanzministerium rechnet, wie die „Deutsche Allgemeine Ztg.“ berichtet, daß es seinen Entwurf der dritten Steuernotverordnung Ende der Woche dem Kabinett vorlegen können.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Die Wolkendecke bis heiliger Witterung erhöhe heute morgen eine Unterbrechung durch Trübungen und leichte Schneefälle. Ursache hierzu ist der Ausbruch einer vom Balkan ausziehenden Warmfront, die auf die bodennahe Luft des mittleren und südlichen Europas. Eine wesentliche Besserung dieser Lage steht für morgen nicht in Aussicht. — Vorkerlage: Wolkig bis trüb, leichte Schneefälle, schwacher bis mäßiger Frost und schwache bis mäßige Winde aus östlichen Richtungen.

Neues Erdbeben in Japan

Paris, 16. Januar. Nach einer Hausvermeldung aus Tokio ist in der Gegend von Tokio und Yokohama ein neues Erdbeben festgestellt worden. Der Umfang des dadurch angerichteten Schadens läßt sich im Augenblick noch nicht überschauen. Die telegraphischen und telephonischen Verbindungen zwischen Tokio und Yokohama sind vollständig zertrübt. Der Eisenbahnverkehr zwischen den beiden Städten ist ebenfalls lahmgelegt worden. 15 Stellen zwischen Tokio und Osaka sind vollständig zertrübt. Nach einem späteren Telegramm beträgt die Zahl der Toten in Tokio 50, die Zahl der Verwundeten steht noch nicht fest. Das Erdbeben dauerte 6 Minuten. In Yokohama gab es 6 Tote und 200 Verwundete. Außerdem sind in der letztgenannten Stadt 60 Häuser eingestürzt. In einem Vororte von Tokio ist ein Brand ausgebrochen. Wie schließlich ein anderes Telegramm mitteilt, wurde ein Zug durch das Erdbeben in eine Schicht geschleudert, 6 andere Züge sind eingestürzt.

Keine französisch=englische Einigung im Kölner Eisenbahnverkehr

London, 16. Januar. Weiter zufolge, ist in London die Bekätigung des Berichtes eingetroffen, daß die französische Regierung das englisch=französische Abkommen betr. den Betrieb der Eisenbahn durch das Kölner Gebiet verworfen habe.



die beste Milchemulsion für zarte weiße Haut.

Zur Aufwertung der Hypotheken

Kardinal Vertram an den Reichskanzler

Nachdem das Reichsgericht in dieser wegen der Folgen überaus schmerzlichen Frage über eine prinzipielle Stellungnahme Bescheid geäußert hat, sehen die weitesten Kreise mit Spannung der Stellungnahme der Reichsregierung entgegen. Die Haltung der Reichsregierung ist eine verschiedene. Keineswegs gering ist die Zahl derjenigen Privatbankier, die ohne Zögern freiwillig eine ganz erhebliche Aufwertung bei Rückzahlung vornehmen, folgend ihrem Rechtsempfinden und der Würdigung der Notlage der Gläubiger. Zahlreiche andere Schuldner folgen dem Grundsatze: Markt gleich Markt, und suchen so rasch als möglich durch Einzahlung einer Summe in Papierform, die weit hinter den aufgewandten Vorkosten zurückbleiben, sich ihrer Verpflichtungen zu entziehen.

Doch bei letzterem Verfahren auch die meisten Kirchengemeinden, karitativen Anstalten, Waisenhäuser, Wohlfahrtsvereinigungen, Stiftungen jeder Art katolische Verwaltungen, sind bekannt. In Würdigung dieser Folgen hat der Vorsitzende der Rulbacher Bischofskonferenzen eine Eingabe an den Herrn Reichskanzler gerichtet, welche einerseits die Forderungen der Gerechtigkeit betont, andererseits der verständigen Rücksichtnahme auf die Lage des Schuldners Raum läßt. Den Wortlaut dieser Eingabe teilen wir nachstehend mit.

Breslau, den 8. Januar 1924.

Hochzuverehrender Herr Reichskanzler!
Ergelung!

Dem Vernehmen nach machen sich innerhalb der Reichsregierung Herse Strömungen geltend, welche die sogenannte Aufwertung der Hypothekensicherungen, Industrieobligationen und dergleichen, die entsprechend dem Rechtsempfinden weitester Volksschichten, sowie die juristische Literatur vorherrschenden Ansicht die Aufwertung der deutschen Gerichte, insbesondere auch des Reichsgerichts grundsätzlich als Forderung der Gerechtigkeit feststellt, hat, aus humanitären Interessen künstlich beschränken oder praktisch beseitigen wollen.

Als Vorsitzender der in der Rulbacher Bischofskonferenz vereinigten Mitglieder des deutschen Episcopates, deren Zustimmung zu diesem Schritte ich voraussetzen darf, muß ich vom Standpunkt des natürlichen Rechts, insbesondere des Privatigentums, in Sorge um das Lebensinteresse weitester Kreise, sowie auch in pflichtmäßiger Vertretung der kirchlichen Vermögensinteressen gegen diese Strömungen Widerspruch erheben.

Wenn auch das Privateigentum in der Not für das Staatswohl große Opfer zu bringen hat, so darf das doch nicht von ihm in einer Weise gefordert werden, die gegen Grundzüge der Gerechtigkeit und gegen das gesunde Rechtsempfinden verstößt, sowie die Würde von Willigkeit, Treue und Glauben im Volke erschüttern und verwirren muß; auch dürfen diese Lasten nicht mit erschwerender Schwere gerade solchen Volksschichten aufgelegt werden, die unter der Selbstentwertung der letzten Jahre schon erheblich zu erliegen drohen.

Die künstliche Beschränkung einer gerechten Aufwertung würde ferner eine große Entzweiung der Kirche und ihrer Stiftungen bedeuten, die sie schiedverdingt nicht erlangen können; was ihnen durch eine solche Maßnahme an notwendigen Mitteln zur wirksamen Durchführung ihrer heilsamen Tätigkeiten im Volke entzogen würde, müßte, weil es sich hier auch um eine sozialunvermeidliche Tätigkeit handelt, der Staat doch wieder in Form von erhöhten Aufschüssen zurückgewähren.

So sehr es zu wünschen ist, daß der herrschenden Unsicherheit in den Rechtsverhältnissen zwischen Gläubiger und Schuldner ein Ende gemacht werde, und so wenig es zu bezweifeln ist, daß auch die wirtschaftliche Lage des Schuldners nicht unberücksichtigt bleiben kann, muß doch vor Maßnahmen dringendst gewarnt werden, die in ihren Wirkungen eine unüberlegte Verletzung der in Darlehensverträgen gesicherten Rechtsverhältnisse bedeuten, indem sie den Inhalt und Sinn der zwischen Gläubiger und Schuldner getroffenen Vereinbarung verkehren durch Gleichstellung einer vollständig wertlosen Sache mit dem zum Nutzen des Darlehensnehmers hingehörenden wertvollen Gegenstande, — gewarnt werden vor Maßnahmen, die in ihren Folgen verhängnisvoll für viele Volksschichten und für wichtigste dem Volke dienende Institutionen werden müßten.

Eure Ergelung bitte ich ersuchen, es zu würdigen, daß die ernste und pflichtmäßige Sorge um das Volkswohl und um kirchliche wie karitative Einrichtungen zu dieser Vorstellung mich drängt.

In tiefer Verehrung verbleibe

Euer Ergelung
erachteter
Kardinal Vertram,
Bischof von Breslau.

Stinnes Verwandlung

Dieser Tage hat der bekannte Großindustrielle Hugo Stinnes dem Berliner Vertreter des „Journal des Debats“ Mitteilung über seine Auffassung über die Frage einer wirtschaftlichen Verständigung mit Frankreich gemacht. Hugo Stinnes hat bei dieser Gelegenheit die unbedingte Notwendigkeit einer solchen Verständigung mit Frankreich ganz entschieden das Wort geredet. Man muß sich daran erinnern, daß Stinnes schon früher, allerdings ganz auf eigene Faust, versuchte, mit Frankreich zu Vereinbarungen zu kommen. Er hat dabei mancherlei Anstrengungen erfahren, und versucht über Italien an bestimmte französische Interessenten heranzukommen. Nun, nachdem Herr Klobberg ohne Wissen und Willen der Reichsregierung mit Frankreich in Verbindung trat, glaubt Herr Stinnes, nicht mehr länger in der Reserve bleiben zu können. Es wäre allerdings sehr wünschenswert, daß bestimmte Führer der Großindustrie, zu denen auch Herr Stinnes gehört, viel mehr aus eigener Initiative täten, um Reich und Volk aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszuführen. Dazu ist freilich erforderlich, daß man in diesen Kreisen bestimmte Maßregeln aufstellt und gewissen politischen Tendenzen entgegen, deren Verfolgung in den letzten Jahren an der Unterdrückung der Autorität der Reichsregierung nach innen und außen nicht ganz schuldlos war. Nun muß man in diesem Rahmen auch aussprechen, daß gerade die Art von Herrn Stinnes, als der Vertreter eines niedergeworfenen und verarmten Volkes, in schwer allen Ländern und Völkern an den unzulässlichen Dingen sich mit Rücksicht auf die deutsche, im Ausland nicht gerade werbend für eine Unterjochung Deutschlands wirkte.

Die Verwandlung des Herrn Stinnes wird aber erst dadurch besonders deutlich, daß er die Notwendigkeit einer Verfolgungspolitik entschieden betont. Wenn man sich erinnert, wie in den Stinnes politisch und wirtschaftlich nachstehenden Kreisen gegen die ferneständige Erfüllungspolitik in der demagogischen Weise gearbeitet wurde, dann wird man jetzt nicht wenig überrascht sein. Diese Ueberzeugung wächst aber, wenn man jetzt von Herrn Stinnes dem französischen Presserepresentanten gegenüber aussprechen hört, daß wir nur geringe Vorzugsstellungen leisten könnten, infolgedessen Sachleistungen vornehmen müßten, und daß das von Nationalen abzuschließende „Bündnisabkommen“ ganz verunflüg gewesen wäre, und hier muß man daran erinnern, daß die ungläubliche, in bestimmten Kreisen gegen Nationalen gerade dieses Abkommens wegen geübte Hetze dazu führt, daß dieser Mann schließlich ermorde! auf der Straße lag.

Das Missionsgebiet in Süd-Schantung

Mittheilung von dem Bischof A. Genningshaus, der apostolische Vikar von Süd-Schantung, der aus dem Stenographischen Protokoll hervorgeht, ist, einen Rückblick auf die deutschen Missionen. Aus dem diesjährigen in der A. B. veröffentlichten möchten wir unseren Lesern folgendes mitteilen:

Seit dem furchtbaren Weltkrieg tritt beim Volke eines jeden Rechnungsbewusstheit, wenn es gilt, die Pläne für das kommende Jahr zu entwerfen, die dafür nötigen Ausgaben wenn auch noch so bescheiden abzumessen, die harte Sorge mit entgegen: Woher die Mittel nehmen? Nur ein Bruchteil der kommenden Ausgaben ist gedeckt; alles übrige steht unter einem großen Fragezeichen. So spannen wir denn immer wieder als Ziel unserer Missionspläne das Vertrauen auf Gottes Vorsehung und segnen hinaus in das Gewebe der Arbeit und Sorgen. Und jetzt am Ende des Jahres darf ich zurückblicken auf die hinter mich liegende Fahrt. Wie in, lang nicht alle, was für das Heil der Seelen und für den Fortschritt der Mission nützlich und nötig gewesen, konnte durchgeführt werden; aber wir haben oben und unten auch eine kleine Weisheit gewonnen. Das dieses möglich geworden, verdanken wir nicht der Gnade Gottes allein, sondern, edlen Menschen, die trotz der harten Zeiten ein mitleidiges, hilfreiches Gedenken für uns hatten. Diesen unseren treuen Freunden und Wohltätern, unseren schätzbaren Mitarbeitern am Werke der Seelensicherung entsende ich wiederum zum Beginn eines neuen Jahres meinen herzlichsten Dankesgruß und Segenswunsch!

Unter den Ereignissen, welche dieses Jahr unserer Mission ihre Signatur aufdrückten, nenne ich an erster Stelle die Visitation unseres hochwürdigsten Generalsuperiars. Zum ersten Mal seit ihrem vierjährigen Bestande hatte die Mission das Glück, den Obern der Gesellschaft, den geistlichen Vater der Missionare, bei sich zu sehen. Auf mühsamen Wanderungen hat P. Generalsuperior die ganze Mission, fast sämtliche Hauptstationen besucht. Er hat dabei einen Einblick in unser Missionsleben gewonnen und konnte auch ein gutes Stück der Mission kennenlernen.

Gelegentlich dieser Visitation konnte auch die schon im vorigen Jahre geplante Hebung eines neuen Missionsgebietes in Südost-Schantung zur Ausführung gelangen. Es ist ein sehr ausgedehntes Missionsfeld mit fünf bis sechs Millionen Einwohnern, das durch das Vertrauen des Heiligen Stuhles und der mit uns durch langjährige Freundschaft verbundenen Mal-

länder Missionare unserer Gesellschaft übersehen wurde. Hier, in unserem Jahresberichte, verdient dieses Gebiet erwähnt zu werden, weil Süd-Schantung durch die Missionen gefördert wurde, da wir, ebenso wie im vorigen Jahre für Kanton, den Loern und die ersten Missionare aus anderen Reihen stellen mußten.

Gewiß ist es eine Ehre für uns, daß wir 7 Missionare in entfernten Missionsgebieten erlauben, unsere Mitarbeiter als apostolische Arbeiter dorthin entsenden dürfen. Aber das sind auch große Opfer. Es wurden unserer Mission wertvolle Arbeitskräfte entzogen, und wir empfanden das um so schmerzlicher, da auch der Tod unsere Reihen lückte. Zwei liebe Mitarbeiter, P. Wilhelm Krigen und P. Hermann Hartmann, wurden in die Ewigkeit abberufen. Zur Ausfüllung der Lücken erhielten wir von Szent zwei neue Missionare, einige andere gingen nach Kanton. Der Krieg hat auch auf unsere heimischen Missionsfelder schädigend eingewirkt, die verlaufende Erziehungsarbeit aufhalten oder unterbrechen. Nach zwei bis drei Jahren dürfen wir jedoch einen stärkeren Zuwachs an Kräften erwarten. Zum Glück waren vier unserer größeren Missionsseminarien so weit vorverlegt, daß ich im Verlaufe dieses Jahres ihnen die höheren Weihen und am 30. September die heilige Priesterweihe spenden konnte.

Wehr noch als durch Mangel an Missionaren wurde der Fortschritt der Mission in den letzten Jahren auch in diesem Jahre gehemmt durch die Mäherwörter, die in dem Einbringen der Aehren einen gewissen Höhepunkt erreichten und die Aufmerksamkeit der ganzen gebildeten Welt auf Süd-Schantung lenkten. In der Nacht vom 5. auf den 6. Mai wurde der Erzprälat Kanjing-Tientin den Mäherwörtern überfallen und zum Entsetzen gebracht. Ein 30 Ausländer aus Amerika, Mexiko, England, Italien, Frankreich und Dänemark wurden gefangen und in die Berge verschleppt. Ebenso gegen 100 reiche Chinesen. Da die Weltöffentlichkeit über jenes Ereignis ausgiebig berichtete, so ist es unmöglich, hier noch einmal eingehend darauf zurückzukommen. Für uns war es infolgedessen von Wichtigkeit, weil es einigen unserer Missionare Gelegenheit zu einer hilfreichen Predigtarbeit bot. Sofort nach dem Ausbruch war P. Reuser, der in Schantung stationierte Missionar, am Platze, um den von Mäherwörtern fortgeführten Mäher, die sozusagen und abscheulich geachteter Wanderung an der Pabststation anlangten, den ersten Versuch zu bringen. Er war auch der erste, der mit eigener Gefahr, unter großen Peinlichkeiten das Mähernest aufsuchte, den Befangenen tröstete und brachte und eine Verbindung mit ihren Freunden und Verwandten in die Wege leitete. Bei dieser Gelegenheit gelang es ihm, die Freilassung von zwei amerikanischen Kindern zu erbitten. Ein paar Tage später gegen er und P. A. D. sind gemeinsam mit einem deutschen Mäher in die Berge, um einen kranken Italiener herauszuführen. Als das leider nicht gelang und Kardinal Genningshaus durch den apostolischen Delegierten nach besonders um Hilfe ersuchte, begann sich Bruder Rudolf Böder, der durch seine ärztliche Tätigkeit weithin bekannt ist, in das Mäherlager und blieb dort, auf dem so oft genannten Bergs Paopai, fünf Tage bei den Gefangenen.

Am übrigen hat es wohl wenig Mäher, das in Schantung, wirken hier weiter auszubringen. Es lebte in unseren früheren Berichten immer wieder und wird auch sobald nicht aus den Häusern verschwinden. Die Bevölkerung ist zu dicht und größtenteils sehr arm. Mit des Tages treibt manche zur Auswanderung. Viele junge Mädchen gehen zum Militär, werden dadurch recht entmenscht, der Arbeit entzogen. Das abenteurliche Mäherleben lockt. Die schwappenden politischen Verhältnisse erschweren ein energisches Vorgehen gegen das immer weiter um sich greifende Mäher. Augenblicklich läßt sich allerdings die Verunsicherbarkeit, die Unterdrückung des Mäherwesens recht angehen sein. Inzwischen haben die mit Range und Rangdienst arbeitenden Mäher, wie die vom Großem Mäher, von der roten Mäher, weißen Mäher usw., zahlreiche Anhänger gesammelt und streben auf eigene Faust den Kampf gegen die Mäher. Das führt häufig zu schrecklichen Morden. So wurden im Mähergebiet, in einem Dorfe, dessen Bewohner die Mäher beibrachten, über 1000 Menschen, Männer, Frauen, Kinder und Erwachsene, in grausamster Weise hingerichtet.

Wie sehr die Bevölkerung unter diesen Mäher leidet, wie sehr auch derartige Verbrechen die Liebe der Gerechtigkeit laßert, braucht man nicht zu betonen. Der Missionar hat demgegenüber einen schweren Stand. Er ist nicht selten selbst in Gefahr, und diese Gefahr ist neuerdings um so größer, als die Mäher entgegen ihren früheren Gemüthsarten besonders Ausländer als eine wertvolle Beute betrachten. Infolgedessen verlangen die ärztlich besorgten Behörden, die Missionare sollten sich während der Sommermonate an geschützte Plätze zurückziehen und diese ohne militärische Bedeckung nicht verlassen. Zum Nutzen der Unserigen darf ich es sagen, daß sie trotzdem finden, auch in den gefährlichen Gegenden ihre Aufgabe zu erfüllen und unbedenklich um persönliche Sicherheit dorthin eilen, wobei die Stimme der heiligen Pflicht tief, sei es an das Bett eines armen Sterbenden, sei es zu einer in geistlicher Not verfallenen Gemeinde. Die heiligen Schutzengel gegen mit ihnen. Schärfer als alles das laßt auf uns der Mangel an Mitteln, die durchaus nötig wären, um die Mission vorwärtszubringen, innerlich und

Die Spur des Dschingis Khan

Von Hans Dominik

Copyright by August Scherl & Co. m. b. H. 1923, Berlin-Weißhof. (Nachdruck verboten.)

Worte:

Ihr seid das Sanktum einer neuen Welt,
Das ist der Welterschütterer, den Gott will,
Ihr seid der Welterschütterer, den Gott will,
Ihr seid der Welterschütterer, den Gott will.

Arthur Lloyd Wellington Fox, der Berichterstatter der Chicagoer Expedition, ein Oberingenieur der staatlichen Eisenbahnen, ging zusammen mit dem Reichsminister in Berlin ein. Für Fox war ein wichtiges Sandsteingebäude, das sich in der Nähe der Hauptstadt in monumentaler Höhe erhob und einen ganzen Straßenzug einnahm. Weithin glänzte von seiner Front ein goldenes Wappen. Drei Ähren, von einer Eichel umschlungen. Darunter ein Monogramm aus den drei Buchstaben G. E. C.

Wellington Fox sprach: „Das war ein guter Zufall, daß ich hier in Berlin auf der Straße treffen durfte. Sonst hätte ich mich im letzten Aufsehen in diesem Abschlusse am Hofe zu suchen müssen. Wo es, wie mir scheint, für den Journalisten, das heißt in diesem Falle Kriegsberichterstatter, während gute Arbeit geben kann.“

„Du meinst, Fox?“

„Allerdings, ob selbst, meine ich. Weißt du die Möglichkeit leugnen?“

„... will ich nicht. Aber...“

„Nein, aber, Georg. Du willst mir wohl vorrechnen, wieviel Grad der Wahrscheinlichkeit dagegen sprechen?“

„Du irrst, mein lieber Fox!“

„Nicht, ganz gleichgültig hatte Georg Heubrand die Worte hingeworfen. Auf den Journalisten wirkten sie wie ein Schlag in der Nacht. Ein Augenblick blieb er wie angewurzelt stehen.“

„Was willst du sagen, Georg?“

Er drängte an den Freund heran und sah ihn forschend ins Gesicht.

„Ich meine, daß erheblich viele Grade der Wahrscheinlichkeit dafür sprechen... müßten. Aber meine Meinung wird von dem Direktor der G. E. C. weder nicht geteilt.“

„Georg, Krieg! ... Krieg zwischen dem Vereinigten Europa und dem großen Himmelsreich!“

Der andere nickte stumm. Sein gleichmäßig fahles Gesicht blieb unerschüttert. Nur ein leuchtendes Funkeln seiner Augen und die geröteten Wangen zeigten, daß sein Inneres seinen Teil an seiner äußerlichen Ruhe hatte.

In dem Gebirge des Journalisten klang es sich wie tausend Gedanken. Eine Welle schritt sie wortlos nebeneinander her.

„Du weißt, Wellington, daß unsere Untersuchungen keine Interviews sind. Der Journalist Wellington Fox von der Chicagoer Expedition hat von uns kein Wort gehört.“

„Nein, Fox, Georg. Doch sag, zu welchem Zweck bist du hier in Berlin?“

„Um einen letzten Versuch zu machen... die Herren der G. E. C. zu meiner Ansicht zu bekehren. Ich habe um fünf Uhr eine Konferenz mit ihnen.“

„Und wenn...? Was wird dann aus dem großen Werk der G. E. C.? Die Hunderttausenden von europäischen Arbeitern in Turkestan... und deren großen Arbeiten? Werden sie nicht... den Krieg überleben?“

„Du fürchtest für sie? ... Ach nicht, wenn man mir folgt... sie zu verteidigen... zu sichern auf Menschenleben... darauf gehen meine Pläne... und wäre dazu Krieg nötig!“

„Jede Gleichgültigkeit war jetzt von dem Sprecher abgewallen. Ein eiserner Wille, eine unbewagte Energie prägte sich auf dem schmalen Gesicht mit der lauten Sprache.“

„Stimmen, Ueberraschung... Bewunderung walteten sich in den Augen des Journalisten. Mit einem zweifelnden Blick sah er die Gestalt des einklinken Schulkameraden.“

„Georg, Krieg! Das Wort steht noch Blut!“

„Das ist kein Gedanke... und wird es immer tun, solange Krieg die Ultima ratio menschlicher Geistigkeiten ist... das heißt solange Menschen leben werden.“

Ein Augenblick des Schwügend.

„Kannst du mich nicht noch fragen?“ Ein besorgter Unterredung aus der Stimme des Sprechenden. „Wirst du die auch bewahrt, mit welchem hochheiligen Geiste Europa... du... zu kämpfen haben wirst? Das große geistige Werk Reich ist eine Nacht, wie sie die Geschichte der Völker selten gekannt hat. Sein Herrscher, der Kaiser Schiffo ist ein Mann vom Blut und Schlage des Dschingis-Khan.“

„Ich weiß es. Die Gefahr ist groß! Aber sie wird mit jedem Jahr größer... bis sie eines Tages das Abendland verschlingen wird. Deshalb heißt es, ihr zu begegnen... jetzt, ehe es zu spät ist.“

„Der Kaiser ist tot! Ob er am Leben bleibt? ... Wer weiß es? Stirbt er, wird man wie leichter folgen. Die Angst vor ihm ist größer als vor seinem Land. Doch wie sind am Ziel.“

Er deutete auf den Sandsteinpaß, den sie jetzt erreicht hatten.

„Was da drinnen in den nächsten Stunden befehlen wird, ist entscheidend für das Wohl und Wehe von Millionen Menschen, für das Schicksal zweier Rassen... zweier Kulturen.“

Unwillkürlich hatte sich sein Mund erhoben und hand feugend und drohend gegen die dunklen Mauern des Reichthums gekehrt, der hier wie eine Tempelwand auf dem mächtigen Lande ragte. Dann senkte er sich langsam in die des Freundes.

„Auf Wiedersehen denn heute abend bei dir im Hotel.“

„Noch ein Handdruck, und Georg Heubrand trat durch das Hauptportal in das Gebäude ein. Unschlüssig blieb Wellington Fox auf der Straße stehen. Dann begann er die Aufschlüsse an dem Gebäude zu studieren. In den höheren Etagen waren der Fortschritt wiederholten sich das Rechenwerk und die verfallenen drei Buchstaben G. E. C. Jetzt rante sich ein Blick auf den Aufschriften in der Höhe des ersten Stockwerkes. Weit und majestätisch leuchteten von dort goldene Buchstaben... Europäer Siedlungs-Gesellschaft... Tausende in englischer Sprache „European Settlements Company“... wieder etwas weiter stand es auf russisch „Intercontinental Obščestvo dila natsionala Rossija“.

Das Haus hier war das Verwaltungsgebäude der großen, von den europäischen Staaten mit einem Milliardenkapital begründeten Siedlungsgesellschaft, die den Ueberblick der europäischen Bevölkerung seit zehn Jahren in Wien aufstellte. Auf weltweiten Ländern, die vordem unerschöpfbare Steppen, nach der Entdeckung des Transsibirischen Meeres geworden waren. Hier in Berlin war der Hauptort dieser großen internationalen und mit staatlichen Privilegien ausgestatteten Gesellschaft. Ihr Arbeitsgebiet lag in Asien. Dort reichte es vom kaspischen Meer bis zu den Grenzen des himmlischen Reichs. Dort dampften die Dampfen unter der Wirkung des Transsibirischen Meeres, dort lodeten die großen Seen, und wärmte, aber das ganze Jahre verteilter Regen schuf fruchtbarste Länder, wo selber wandernde Horden kaum das Weidewirtschaften fanden.

Wellington Fox war mit der Betrachtung des Gebäudes zu Ende und ging weiter, dem Hauptportal zu. Die hohen Worte seines Freundes gaben ihm reichlich Anlaß zum Nachdenken. Seine Gedanken wollten abwechselnd im freien Raum und im Palast der G. E. C. Und so überließ er es, wie eine elegant gefaltete Gestalt, die ihm entgegenkam, bei seinem Anblick schon von weitem einen Wogen schlug, um auf die andere Seite der Straße zu gelangen und dann im Hause der G. E. C. zu verschwinden.

(Fortsetzung folgt.)

Inventur-Ausverkauf

im Reka

Besichtigen Sie unsere 11 Schaufenster! Residenz-Kaufhaus, Dresden

G. m. b. H.

Unseren Freunden und Bekannten zur Mitteilung, daß großer Segen über uns hereingebrochen ist.

Familie Rudolf Geißler

Dresden, Uhlandstraße 27
den 16. Januar 1924

Dresdner Theater

Opernhaus Donnerstag den 17. Januar Zar und Zimmermann (7) (Volksbühne 9901-9795)	Residenz-Theater Donnerstag den 17. Januar Mädi (1/8-1/211)
Schauspielhaus Donnerstag den 17. Januar Zum ersten Male Hinkemann (7) (Volksbühne 1026-1080)	Central-Theater Wittiglich 1/8 Uhr Variété-Programm
Denkmal-Schauspielhaus Donnerstag den 17. Januar Die Fee Caprios (1/8) (S.-S.-B. 5:01-820)	Victoria-Theater 1/8 Uhr Das Variété-Programm 1/9 Uhr Das Kabarett mit Engelbert Mido
Neues Theater In der Kaufmannschaft Donnerstag den 17. Januar Geschloss. Vorstellung (1/8)	Konzerthaus Ries Donnerstag den 17. Januar 1/8 Uhr im Künstlerhaus Klavier-Abend

Briketts

sowie alle Sorten Kohlen, hartes und weiches Brennholz, in Klötzen und ofenfertig, stets sofort lieferbar ab Lager, auch frei Haus

Theodor Hopfe, Holz- und Kohlenhandlung
Erfurt, Nonnengasse 5 Fernsprecher 3056

Verkaufsstelle: Grenzweg 39

Nimmermüde Hände ruhen für immer!

Plötzlich und unerwartet verschied Montag abend 7/12 Uhr infolge Herzschlag sanft und schmerzlos unsere treuereorgende heißgeliebte Mutter, Groß- u. Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Jda verw. Schäfer geb. Andres

im Alter von 63 Jahren.
In tiefstem Weh
Die tieftrauernden Kinder.

Dresden, Dürerstraße 7, I.
den 14. Januar 1924.

Beerdigung Donnerstag nachmittags 8 Uhr von der Halle des äußeren kath. Friedhofs aus.

Frau Lina Jähne's Maß-Korsett-Atelier
Dresden, Ludwig-Richter-Straße 15, Fernspr. 34811

Anerkannt erstklassige Maßanfertigung

Billig ist nur wirklich gute Ware!

Inventur-Ausverkauf

Bedeutende Preisermäßigungen auf **sämtliche Artikel**

Es kommt nur **vollwertige Ware** in **guten** Qualitäten und **richtigen** Breiten zum Verkauf

Leinen- u. Baumwollwaren

Wilhelm Rothe

Erfurt, Friedrich-Wilhelm-Platz 28 :: Gegründet 1762

Billig ist nur wirklich gute Ware!

Suche

für meine 17 1/2-jähr. Tochter, welche dieses Orem den 3-jährigen Welsch der höheren Schule für Brautentwurf (Hausbraut-Abt.) beendet

Stellung

auf einem Rittergute, Pfarrhaus oder sonstigem kath. Haus-Alt. Offerten: **Walant, Leipzig-R. 112, Josephinenstr.**

Suche einen Schornsteinfeger-Lehrling.

Bedingung: Lust zum Beruf, ehrlich, gesund und fröhlich. Mittel sind keine erforderlich. Näheres durch **Karl Schierz, Großhain.**

Vertrauenssache!



Wringmaschinen „Dresdenio“

und einzelne Walzen, in Garantiware, sowie alle Reparaturen schnell und sachgemäß im Sondergeschäft

Eduard Geiger
Am See
Ecke Margaretenstraße
Fachmännische Bedienung.

Junger Landwirt
18 Jahre alt, sucht für 10 oder später Anstellung als

Verwalter
bei katholischer Pfarrei.
Off. erb. u. H. M. 620* an die Geschäftsstelle der Sächs. Volkszeitung.

Franz Schimmer
Erfurt, Langebrücke 62
Fernsprecher 1400
Manufaktur- u. Modewaren, Strickgarn

Kaffee, Kakao, Tee

sowie **sämtliche Lebensmittel**

kauft man am billigsten bei **B. Wiederhold**
Erfurt, Eimergasse 17

Sehr wichtig für jeden Haushalt!

Zu billigsten Tagespreisen sind bei mir zu haben:

Wäschen, Stropf-, Strümpfe u. Strickwolle, Damen u. Kinder, Band, Gummiband, Futterstoffe, Kurzwaren

S. Krzepicki
Erfurt, Eimergasse 1 am Anger, Fernspr. 2413
Wiederverkäufer Extrapreise!

BRIKETTS

sowie alle Brennmaterialien:
Koks, Eiformbriketts, Steinkohlen, Braunkohlen und Naßpreßsteine

sind stets prompt und preiswert lieferbar ab Lager und frei Haus.

Walter Wiegand, Kohlenhandlung,
Erfurt, Gustav-Adolf-Straße 4. Fernruf 862.

Vertrauensstellung

In besserem Haushalt, Land besitzend, (H. K. 619*) an die Geschäftsstelle d. Sächs. Volkszeitg.

Scholarin gesucht.

f. Weib. Vorgesetzte erbringt u. H. L. 619* an die Geschäftsstelle d. Sächs. Volkszeitg.

Metallbetten

Stahlmatratzen, Kinderbetten dir. an Priv. Katal. 6 P frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

BRIKETTS

sowie alle Brennmaterialien

liefert bestens

Ed. Friedrich jr.
Holz- und Kohlenhandlung — Erfurt, Yorkstraße 8
Fernsprecher 835

Alle Sorten

Brennstoffe

liefert bestens

Thuringia Kohlenhandels-Gesellschaft m. b. H. Erfurt

Trommsdorffstraße 16 — Fernruf 292
Neudaberstedt, Große Herrenbergstraße 39
Erfurt-Nord, Mittelhäuser Straße 7 — Dittelstedt (Herr Fritz Mäder)

Katholiken, kauft bei unseren Inserenten!